

Deichwacht gegen Wolf: Gericht stoppt Abschuss - Landrat Seefried kämpft um Schutz

Erfahre, warum ein Landrat wegen eines Problems mit einem Wolf vor das Oberverwaltungsgericht zieht - Altes Land bei Hamburg | Regional. Schutz der Bevölkerung vs. Artenschutz.

Der Wolf im Alten Land bei Hamburg: Eine Herausforderung für die Gemeinde

Jork (Niedersachsen) – In den ländlichen Gebieten Deutschlands macht der Wolf nach wie vor Schlagzeilen, auch wenn er mittlerweile zunehmend in Großstädten präsent ist. Die Präsenz eines Wolfes an der Grenze zu Hamburg sorgt für Angst und Unsicherheit. Im Alten Land in Jork, Niedersachsen, treibt speziell eine Wölfin seit Monaten ihr Unwesen, wobei sie jegliche Scheu gegenüber Menschen verloren hat. Sie bewegt sich auf Bauernhöfen und hält sich sogar in der Nähe von Wohnmobilen auf. Die tragische Höhepunkt waren 20 Schafe, die mit Kehlissen getötet wurden. Aufgrund dieser Vorfälle werden Kinder in der Touristenregion nicht mehr unbeaufsichtigt draußen spielen gelassen.

Ein Kampf vor Gericht

Der Landrat Kai Seefried aus Stade reagierte auf die Situation, indem er Jäger einschalten wollte, um dem Problem Einhalt zu gebieten. Allerdings wurde die Abschussgenehmigung von einem Gericht auf Antrag selbst ernannter Wolfsfreunde gestoppt. Die Begründung lautete, dass die Deichschafe durch

einen höheren Zaun geschützt werden könnten. Dies führte zu Diskussionen, da ein höherer Zaun das Risiko birgt, dass dieser bei starkem Wind umkippt und somit den Deich beschädigt.

Wilhelm Ulferts, der Leiter der Deichwacht, stellte fest: „Wenn ich einen höheren Zaun von 1,20 Meter aufstelle und starken Wind habe, dann kippt dieser einfach um. Wir sind hier am Deich, daher ist es schwierig, tiefe Pfähle einzurammen. Das würde den Deich beschädigen.“

Die große Anzahl von über 600 Wölfen in Niedersachsen macht es für viele unverständlich, warum einem einzelnen Wolf ein Schutz gewährt wird, der über den eigentlichen Schutz der Bevölkerung hinausgeht. Laut Ulferts und anderen Beteiligten muss die Rechtslage angepasst werden, wenn die Realität und die Gesetze nicht miteinander übereinstimmen.

Der Weg vor das Oberverwaltungsgericht

Der Landrat Kai Seefried hat wenig Verständnis für die bestehende Rechtslage und hat Widerspruch gegen den Abschussstopp eingelegt. Die Angelegenheit liegt nun zur Entscheidung beim Oberverwaltungsgericht Lüneburg. Es kann einige Zeit in Anspruch nehmen, bis eine endgültige Entscheidung getroffen wird.

Seefried fordert von der Bundesumweltministerin Steffi Lemke, endlich tätig zu werden und die Gesetze anzupassen. Die Belange des Artenschutzes müssen dabei mit den Bedürfnissen der ländlichen Bevölkerung in Einklang gebracht werden. Es bleibt abzuwarten, wie dieser Fall weiterhin sich entwickeln wird.

- **NAG**

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de